

Der Sozialdemokrat

Wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
H. Gester, Hottelings-Zürich
Rusthofstraße 2.
Postsendungen
franco gegen franco.
Wöchentliche Beiste
nach der Schweiz fallen
Zusatzporto.

Abonnements
werden nur beim Verlag und
bei den bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
vierteljährlichen Preis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kontant)
Fr. 3.— für Deutschland (Kontant)
Fr. 1.— 70 für Österreich (Kontant)
Fr. 2.— 30 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Kontant).
Inserate
Die dreizehnpennige Zeitzeile
25 Cts. — 30 Pfg.

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

N^o. 1.

Sonntag, 1. Januar.

1882.

Preis an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Österreich verboten ist, bezug, bezogen wird, und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Sendungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die Angelegenheit der Postverföhr nachdrücklich und auf diese Verhältnisse hin besonders zu berücksichtigen, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu sichern. Haupterfordernis ist hierzu einerseits, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag, selbst abdrücken, sondern sich möglichst an irgend eine unbescholtene Adresse außerhalb Deutschlands und Österreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch uns möglichst unverfängliche Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behufs erhöhter Sicherheit Rekommandierung. Sobald es uns liegt, werden wir gewiß weiter Mühe nach Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Abonnements-Einladung.

Das neue Jahr beginnt ein neues Quartalabonnement auf den „Sozialdemokrat“. Wir erlauben unsere Leser, ihr Abonnement rechtzeitig zu erneuern, sowie für Gewinnung neuer Abonnenten unablässig thätig zu sein. Jeder das Abonnement auf den „Sozialdemokrat“ noch das Empfehlenswerthe ist in Deutschland nutzbar, sondern lediglich die direkte Verbreitung.

Es ist deshalb Pflicht wie Interesse jedes Parteigenossen, auf's eifrigste für die Verbreitung des „Sozialdemokrat“ zu wirken. Da der „Sozialdemokrat“ in Deutschland bekanntlich auf Grund des Ausnahmengesetzes verboten ist, so muß die Verbreitung selbstverständlich mit größter Vorsicht geschehen; letztere angewandt, ist die Sache überhaupt durchaus ungeschicklich und leicht schädlich. Das bloße Abonnement ohne Weiterverbreitung ist gesetzlich erlaubt.

Der „Sozialdemokrat“ wurde vom letzten Parteitag einstimmig zum einzigen offiziellen Organ der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands erklärt.

Der voraus zahlbare Abonnementspreis des „Sozialdem.“ beträgt vierteljährlich für Deutschland und Österreich 3 Mark (fr. 30 fr.), wofür das Blatt wöchentlich als dreizehnpenniger Brief versandt wird; für die Schweiz 2 Fr., für alle übrigen Länder des Weltpostvereins 2 Fr. 30 Cts. (unter Post). Dieser Preis kann indessen, wenn es die Umstände erfordern, bedeutend ermäßigt werden, wenn sich die Abnehmer eines Ortes zum Bezug im Voraus vereinigen. Wenn ein zweckmäßiges Empfangs-Adressen gewählt werden und damit kein geschickt wird, wenn ferner die genaue Verteilung an die abonnierten Gemeinden vorzüglich geschieht: kann in die Gefahr der Unbedeutung beim Stammbuchweg weit verringert werden.

Als zu 10 Exemplaren können in Doppelbrief übermietet werden; bei größeren Bestellungen ist die Zahlung in Raten vorzuziehen. Bei Bezug von zehn Exemplaren ist der Preis der Quartal mit 10 Mk. 1. 80. franco ins Haus festgesetzt, und ist der Betrag monatlich mit 90 Pfg. im Voraus einzulösen. Schmutzige Sendungen werden gut bezahlt, nicht in der Schweiz, sondern in Deutschland aufgegeben.

Bestellungen aller Länder werden für voll angenommen; größere Beiträge in Papiergeld mittel eingehenden Brief oder Post-Einsparung.

Da nicht unbewusste Kosten durch ungenügendes Postamt entstehen, so machen wir darauf aufmerksam, daß einfache Briefe, 10 bis 15 Exemplare nach der Schweiz 20 Pfg., resp. 10 Kreuzer 6. 10. kosten, bei mehreren Briefen je 10 Exemplare mit 20 Pfg., resp. 10 Kreuzer.

Man wende sich bei Einzelbestellungen an den Verlag von H. Gester, Rusthofstraße 2, Hottelings-Zürich, bei ganzjährigem Abonnement und an Kaufstellen an die bekannten Agenten in Deutschland, oder an die Untergeschichten durch Vermittlung in der Schweiz oder sonst im Ausland lebender Freunde.

Monatliche Vorauszahlung des Abonnementspreises an unsere Vertrauensmänner und Filialverwalter ist unerlässlich!

Parteiorgan! Sammelt Euch um eure Sache und benutzt die Euch gebotene Waffe mit Eifer und Weisheit; seid thätig und thut eure Pflicht!

Redaktion und Expedition des „Sozialdemokrat“.

Keinen Glückwunsch, wohl aber einen Mahnruf

richten wir beim Jahreswechsel an das deutsche Proletariat. So lange Ihr noch wünschet, Männer der Arbeit, so lange Ihr noch hoffend blickt auf Hilfe von Oben — sei es von dem Phantasiengebilde früherer Jahrhunderte, Gott genannt, sei es von denen, die Euch ausbeuten und mit Füßen treten, den Mächtigen und Gewaltigen auf Erden, so lange wird Euer Elend fortdauern, wird es nicht ab-, sondern zunehmen.

Was heißt denn heute „Glück“?

Die Dichter und Pfaffen sprechen von einem „inneren Glück“, welches sogar den Kerkmissten erhebe über alle Noth und Sorge, welches ihn reich macht, als den größten Millionär. Aber dieses „innere Glück“ des Armen ist ein Märchen, es existirt nur in Gebichten und Predigten, im wirklichen Leben lassen Noth und Sorge es nicht aufkommen. Und es ist gut so, denn dieses „innere Glück“ des Armen wäre sein schlimmster Fluch, würde ihn auf ewig zum Lastthier der menschlichen Gesellschaft herabdrücken. Und wie der „glückliche“ Arme, so ist auch der „unglückliche“ Millionär von heute nur ein Gebilde der Phantasie von Dichtern und Pfaffen, ein Zug, erfunden, um den schreienden Gegensatz von Reich und Arm, der heute herrscht, geschickt zu maskiren.

Die heutige Gesellschaft verbindet mit dem Worte Glück den Begriff des Zufälligen, des Außergerödnlichen. Das Glück ist die Ausnahme von der Regel, darum spricht man auch heute von einer glücklichen Minderheit. Wenn sich die Vertreter der heutigen Ausbeutergesellschaft gegenseitig Glück wünschen, so thun sie das mit Recht. Unter der Herrschaft der Produktionsanarchie kommt für sie Alles auf Glück an. Glück haben, heißt für den Bourgeois: ohne Arbeit Reichthum erwerben, der Proletarier aber kennt nur ein Glück: von der Arbeit leben zu können.

Der Maurer und Zimmerer, der Tischler und Schlosser, der Weber und Spinner, der Schuhmacher und Schneider, der Ackerknecht und der Fabrikarbeiter verrichten Tagaus, Tagein ihr bestimmtes Werk, wissen im Voraus, daß sie nur auf das zu rechnen haben, was sie durch Arbeit erwerben. Sie hoffen nicht auf „Glück“, aber sie fürchten das Unglück. Und das größte Unglück heißt für sie: Außer Arbeit zu kommen.

In diesem Widerspruch liegt der fundamentale Gegensatz zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Weltanschauung. Daß der Proletarier von „Glück“ sagen muß, wenn er Arbeit findet, ist für ihn die schärfste Verurtheilung der heutigen Gesellschaft. Das Her von Arbeitslosen, welches als unfreiwillige „Vagabunden“ das Land durchzieht, ist ein Heer von unerbittlichen Anklägern dieser Gesellschaft, deren Plaidoyer, wenn sie sich auch dessen noch häufig selbst nicht bewußt sind, auf Tod lautet. Tod einer Gesellschaft, in welcher der Arbeiter nur die Aussicht hat: arbeitend zu darben oder — zu verhungern.

Von Jahr zu Jahr hat sich diese Alternative immer ungünstiger für die Arbeiter gestaltet, immer drohender steht vor ihnen die Aussicht, arbeitslos zu verkommen. Und je größer diese Ge-

fahr, um so schreiender wurde das Mißverhältniß zwischen dem Lebensgenuß des in Arbeit stehenden Proletariats und der ihm dafür auferlegten Arbeit. Die Zunahme dieses Mißverhältnisses mindert aber in der Folge wiederum die Aussicht auf Arbeitsgelegenheit, auf das „Glück“, Arbeit zu finden. Aus diesem Labyrinth gibt es für die Arbeiter nur einen Ausweg: Sich vom „Glück“ unabhängig zu machen.

Und dazu rufen wir Euch auf, Männer der Arbeit!

Vom Glück Euch unabhängig zu machen, wißt Ihr, was das heißt! Das heißt mit anderen Worten: Euer Geschick in eure eigene Hand zu nehmen.

Vom „Glück“ Euch unabhängig zu machen, das heißt aufzuräumen mit denen, welche heute jenes verruchte Glücksspiel treiben, dessen Kosten, wie es auch immer ausfallen mag, lediglich Ihr Proletariat zu bezahlen habt.

Vom „Glück“ Euch unabhängig zu machen, das heißt ein Ende zu machen mit denen, welche auf eure und eurer Brüder Kosten jene „glücklichen“ Kriege führen, deren günstigstes Resultat eine Steigerung eurer Abhängigkeit ist, welche über eure Köpfe hinweg Bündnisse schließen und Verträge eingehen, für deren Folgen Ihr mit eurem Leben aufkommen müßt.

Kurzum, vom „Glück“ Euch unabhängig zu machen, das heißt: Abzuschütteln das Joch der sozialen Ausbeutung und politischen Unterdrückung, zu zerräumen den morschen Bau der heutigen gleichnerischen Ausbeutergesellschaft, und auf ihren Trümmern zu errichten die Gesellschaft der freien und organisierten Arbeit!

Schon haben hunderttausende von Arbeitern diese Aufgabe erkannt und ihr ganzes Leben und Streben derselben gewidmet. Aber sie sind noch eine kleine Minderheit gegenüber der großen Masse der Gleichgültigen, der Hoffenden und Harrenden, der Hoffnungslosen und Verzweifelnden. Wacht, Ihr, die Ihr vertragen Ansehung huldigt, es müsse immer Elend auf der Welt geben! Werft eure Illusionen ab, Ihr Träumer, die Ihr meint, Euch könne Hilfe von Außen her kommen, es müsse „von selbst“ besser werden! Erkennt eure Lage, die Ihr wähnt, Ihr seiet gezeit gegen das Elend, weil es bis heute an Euch vorüberging! Schließt Euch an jener kühnen Armee entschlossener Kämpfer, die schon heute den Mächtigen dieser Erde Furcht einflößt, die aber unwiderrstlich wird, wenn ihr angehört alle diejenigen, für deren Interesse sie eintritt und sich opfert, schließt Euch an den Kämpfern für die politische und wirtschaftliche Befreiung, tretet ein in die Reihen der Sozialdemokratie!

Das ist unser Neujahrsgruß an Euch, deutsche Arbeiter! Es ist kein Glückwunsch, sondern es ist ein Mahnruf. Ein Mahnruf an eure Pflicht!

Die „sittlichen Fundamente des christlichen Volkslebens“

wurden in der Thronrede bei Eröffnung des deutschen Reichstages wieder ganz besonders betont. Das veranlaßt uns, unsere durch die Wahlagitacion unterbrochene Beleuchtung dieser „Fundamente“ wiederum aufzunehmen. Wir werden dabei nicht schulmeisterhaft pedantisch systematisiren, sondern frisch hinein greifen in das volle Menschenleben und die praktischen Fragen der Neuzeit in echt christlichem Sinn zu beantworten suchen, geleitet von dem kaiserlichen Worte: „Die Religion muß dem Volke erhalten werden“.

Und nun gleich ans Werk:

Der Herrgott und die Monarchie.

Die christlichen Fürsten lieben es, sich von Gottes Gnaden zu nennen und damit die kühne Behauptung aufzustellen, daß der Herrgott ihnen das Recht verliehen habe, die Geschichte der Völker nach Willkür zu leiten, Kriege zu führen, Steuern zu erheben und auf Kosten des Volkes herrlich und in Freuden zu leben.

Stellen wir uns nun auf den christlichen Standpunkt und sehen wir zu, was an diesem Gerede und Gethue eigentlich wahr ist.

Ueber die Ansichten und den Willen des Herrgotts werden wir belehrt durch die Bibel, welche ja nach der einstimmigen Aussage aller christlichen Priester das reine, unversäufte Wort Gottes enthält. In diesem „Wort Gottes“ wird uns nun erzählt, wie das Königthum, die Monarchie, entstanden ist; nachzulesen im 1. Buch Samuelis Kapitel 8.

Die Juden, welche bis dahin unter einer republikanischen Verfassung gelebt hatten, forderten von dem alt gewordenen Samuel:

„So setze nun einen König über uns, der uns richte, wie alle Heiden haben. Diese Sache gefiel dem Samuel übel. Und Samuel betete vor dem Herrn. Der Herr aber sprach zu Samuel: Gehorche der Stimme des Volkes in Allem, das sie Dir gesagt haben; denn sie haben nicht Dich, sondern mich verworfen, daß ich nicht soll König über sie sein.“

Sie thun auch Dir, wie sie immer gethan haben, von dem Tage an, als ich sie aus Egypten geführt habe, bis auf diesen Tag, da sie mich verlassen und anderen Göttern gedient haben. So gehorche nun ihrer Stimme, doch bezeuge ihnen ausdrücklich und verkündige ihnen das Recht des Königs, der über sie herrschen wird. Und Samuel sagte dem Volke, das einen König von ihm begehrte, alle Worte des Herrn und sprach: Das wird das Recht des Königs sein, der über Euch herrschen wird: Eure Söhne wird er nehmen und zu seinen Wagen hertragen, und daß er sie sich setze zu Hauptleuten über Tausend, zu Hauptleuten über fünfzig; und zu Ackerleuten, die ihm seinen Acker bauen und zu Schnittern in seiner Ernte; und daß sie seine Kriegswaffen machen und was zu seinen Wagen gehört. Eure Töchter wird er nehmen, daß sie Salbenbereiterinnen, Köchinnen und Bäckerinnen seien. Auch eure besten Aecker und eure Weinberge und eure Oelbäume wird er nehmen und seinen Knechten geben. Dazu wird er von eurer Saat und euren Weinbergen den Zehnten nehmen und seinen Kammern und Knechten geben. Und er wird eure Knechte und eure Mägde und eure schönsten Jünglinge und eure Fiel nehmen und sein Geschäft damit ausrichten. Er wird von euren Schafen den Zehnten nehmen und ihr müffet seine Knechte sein. Wenn ihr dann zu derselben Zeit über euren König, den ihr euch erwählt habet, schreien werdet, so wird euch der Herr nicht erhören.“

Aber das Volk weigerte sich, die Stimme Samuels zu hören und sprach: Nicht also, sondern es soll ein König über uns sein, daß auch wir seien, wie alle Heiden!

Da haben wir den Salat! Der liebe Herrgott erklärt die Errichtung der Monarchie für einen Abfall von ihm und seinem Willen, die Monarchie ist eine heidnische, abgöttische, verwerfliche Institution. Könige sind nur gut für Völker mit heidnischen, gotteslästerlichen Ideen und Gewohnheiten!

Durch den Mund Samuels ist uns kund geworden, daß die Rechte, welche die Könige haben, auf Annahme beruhen — denn er sagt ja ausdrücklich: Das wird das Recht des Königs sein, er sagt nicht: Das soll das Recht des Königs sein. Habt ihr erst einen König, dann wird er sich dieses Recht nehmen, und ihr müffet seine Knechte sein.

Die Monarchie ist also eine von Gott verabscheute, verwerfliche Institution, welche die zur Freiheit bestimmten Menschen zu Knechten macht! So spricht sich der Herrgott selber aus!

Wir aber, die wir durch den gezwungenen Aufenthalt in der Republik die republikanischen Einrichtungen kennen und würdigen gelernt haben, rufen: Unterstützt!

Ein Ausgemiesener.

Aus der Rede des Abg. Hasenklever über die Handhabung des Sozialistengesetzes.

Gehalten in der Sitzung des deutschen Reichstags am 10. Dezember 1881. Nach dem stenographischen Bericht.

— Meine Herren, gehen wir nun zu den Motiven und zu den einzelnen Fällern über. Zunächst will ich bemerken, daß in den sämtlichen Motiven betont wird und daß sie sich hauptsächlich stützen auf Handlungen, die entweder im Ausland geplant resp. ausgeführt, oder aber auf Handlungen, die nach dem Sozialistengesetz entfallen sind. Die beiden in den Motiven angeführten Zeitungen, auf welche sich jedenfalls später wieder der Herr Minister von Büttner bei seiner Kritik stützen und Anknüpfung verweisen wird, nämlich der „Sozialdemokrat“ in Zürich und die „Freiheit“ in London erörtern vor dem Ausnahmegericht nicht, sie sind nur die Kinder des Ausnahmegerichtes und nur durch dieses hervorgerufen worden. Das muß man bei allen Betrachtungen über das Ausnahmegericht hauptsächlich im Auge behalten; vorher mag auch eine Presse existirt haben, die manchen von Ihnen unbedeutend war, deren Ton gerade nicht Allen gefallen hat, aber diese Presse stand direkt, weil sie im Inlande erschien, unter dem Staatsanwaltschaft, unter den Augen der gesammten Bevölkerung. Wenn diese Presse nun nach Ihrer Meinung unbedeutend angeordnet hat, so waren ja so viele Mittel noch vorhanden, derselben näher zu treten, zum Beispiel die Überzeugung durch Ihre Presse, während Sie jetzt gar kein Mittel haben, den beiden im Auslande erscheinenden Organen einen wirksamen Damm entgegenzusetzen. Die Motive sagen überdies, daß mit großer Schlaueit diese beiden Organe in das Volk hineingebracht, nach Deutschland hineingeschmuggelt würden. Dieselben wirken also zugeständenermaßen auf das Volk einwirkend. Aber, für das, was im Auslande geschieht, sind wir nicht verantwortlich, da wir nicht kontrolliren können, was zum Beispiel der „Sozialdemokrat“ schreibt; noch viel weniger aber für das, was die „Freiheit“ schreibt, die ein uns feindliches Blatt ist. Uebrigens wird ein Sozialdemokrat, der hier im Inlande auf dem vollen Boden des Gesetzes steht und agitirt, wenn er ein Jahr im Auslande ist, von ganz anderer Anschauung befreit werden und sein, die Zustände in Deutschland vom Ausland her viel schärfer bekämpfen, als er es jemals thut — ganz abgesehen von dem Strafsparagrafen —, wenn er im Inlande wohnt. Im Inlande hat er immer Fühlung mit allen Verhältnissen, die fehlen ihm im Ausland, und schon deshalb wird im Auslande ganz anders geschrieben, als im Inlande.

— Meine Herren, ich will aber nicht sagen, daß wir nicht so radikal wären, wie die Rossi und Hasenklever's. Nein, wir sind radikal, weil unsere gesetzliche Agitation, die hauptsächlich darin ihren Ausdruck hat, das gesammte Volk von der Nothwendigkeit eines sozialistischen Staates zu überzeugen, viel wirksamer ist, als das ewige Revolutionsgeschrei. Dieses Revolutionsgeschrei gleicht einem Stiche in die Luft, während unsere Agitation allerdings untergra-

... und wirkt, aber nicht unmittelbar. Das Wort „untergraben“ ist damals bei der Beratung des Sozialistengesetzes durch den Abgeordneten Lasker aus dem Entwurfe herausgekratzt worden und fällt also nicht unter das Sozialistengesetz; die Polizei kümmert sich aber gar nicht darum, ob umgekehrt oder untergraben wird; sie hält beide Thätigkeiten für gleichbedeutend, und deshalb wäre es mir eigentlich lieber, wenn das Wort „untergraben“ im Sozialistengesetz stehen geblieben wäre; dadurch wäre wenigstens die Absicht der Regierung in ihrer vollen Blöße zu Tage getreten, während sie sich jetzt noch in diesen Verhüllen und jede sozialdemokratische Thätigkeit, das Wählen selbst und alle gesetzlichen Agitationen, die wir jetzt „verbrechen“, mit dem Wort Unfug bezeichnen kann, um bei dem Volke gegen uns Glauben zu erwecken.

Es wird in den Berliner Motiven besonders darauf hingewiesen, daß unsere Organisation noch nicht gebrochen sei. Ich will mich hier nicht darüber mit Ihnen länger unterhalten, was man unter Organisation versteht. Organisation kann man doch nicht darunter verstehen, wenn ab und zu gleichgestimmte Leute zusammenkommen, wenn diese gleichgestimmten Leute in Deutschland wieder zu gleichgestimmten bekannten Personen zusammen kommen, wenn gelegentlich Sammlungen für die Familien der Ausgewiesenen veranstaltet werden, wenn ab und zu einzelne Personen für Wahlzettel Gelder geben. Meine Herren, das kann ich keine Organisation nennen. Wir hatten eine Organisation und zwar durch die Presse, vor allen Dingen durch die Vereine; es wurde ein regelmäßiger Beitrag geliefert, wie dies in vielen Vereinen auch anderer Parteien geschieht. Diese Organisation haben Sie gründlich zerstört, das kann ich Ihnen versichern; wenn Sie sagen, dieselbe wäre nicht zerstört, so ist das nicht richtig; aber diese Zerstörung schadet uns nichts. Sie haben durch das Sozialistengesetz ein anderes Band um uns geschlungen, das Band aller Verdächtigten. — dies einigt uns, und deshalb ist das Sozialistengesetz so vollständig wirkungslos. Die gleiche Noth, das gleiche Elend, diese Bande schließen sich fester um uns, als eine Äußerer Organisation. Wir haben jetzt keine Organisation mehr nötig; dazu haben Sie uns glücklicherweise verholfen. Herr Minister von Puttkamer, Sie haben uns zu einer wahrhaften Partei erst gemacht, und darüber sind wir froh.

— Meine Herren, ich bekam vor einigen Tagen einen Brief, ich lese ihn nicht ganz vor, nur zwei Stellen aus demselben; da schreibt mir ein Ausgewiesener, der jetzt in Weßphalen ist, daß er bei der Kontrollversammlung den Feldwebel gefragt habe, warum die Ausweisung in seinen Militärpapieren vermerkt sei. Darauf antwortete der Feldwebel, das sei Befehl vom Kriegsministerium. Das ist nun auch so ein eigener Fall. Viele Leute legitimieren sich, wenn sie Arbeit haben wollen, mit den Militärpapieren; aber durch den Ausweisungsbefehl ist ihnen der Urlaubbrief geschrieben, so daß sie keine Arbeit erhalten können. Das aber kann doch nicht im Willen einer humanen Staatsregierung liegen. Nun schreibt der Ausgewiesene noch — und darüber habe ich mich gefreut —: „Es ist mir gerade nicht unangenehm, ich bin stolz darauf, einer von denen zu sein, die verfolgt werden, und wenn die Gesellschaft uns noch mehr zusetzt, „Lobner“ thun wir doch nicht.“

Es hat vorhin da oben der linke Seite, als ich sagte, daß im Allgemeinen die liberale Presse uns nicht günstig gewesen sei, ein Sturm sich erheben. Meine Herren (nach links gewandt) so ungeschuldig sind Sie doch nicht, daß ich Sie nicht angreifen sollte. Ich erinnere mich, und habe es schon einmal im Reichstag vorgebracht, daß vor dem Ausnahmegeetze die Fortschrittspartei gerade über meine Partei in einer Weise hergefallen ist, daß hauptsächlich das Ausnahmegeetze die reine Konsequenz aus jener Angriffe der Fortschrittspartei war. Der Kollege Hänel hat seiner Zeit die allgemeinen Gesetzesparagrafen verschärft wollen; das wäre aber nicht allein für uns ebenbüßlich, wie das Ausnahmegeetze, ja vielleicht noch schlimmer, sondern auch für Sie auf der linken Seite selbst von bösen Folgen gewesen. Also das kann ich nicht sagen, daß Sie gerade sehr freundlich uns gegenüber gewesen wären, und deshalb bin ich auch gegen Sie nicht freundlich. Ich erinnere mich ferner, daß kurz vor dem Ausnahmegeetze das Berliner Wahlkomitee vom 6. Wahlkreis, ich meine das fortschrittliche, in einem Flugblatt wörtlich gegen uns sagte: „Ist die hinaus die vaterlandsliebende Jugend? wahr sie gekommen sind! Meine Herren, die Polizei hat ganz prompt den Wunsch des fortschrittlichen Wahlkomitees erfüllt, sie hat die „vaterlandsliebende Jugend“ mit Weib und Kind, so weit sie konnte, hinausgetrieben! Also so ungeschuldig sind auch die Fortschrittler uns gegenüber nicht gewesen, das beweist die eben angeführte Keuschung von den vaterlandsliebenden Jugendlichen! Wehr hat uns die Polizei auch nicht gethan, mehr kann sie uns auch nicht an, als das Hinausgeworfenwerden aus der Heimath. Daran sind also die Fortschrittler mitschuldig!

— Es soll auch in den in den Motiven angeführten geheimen Versammlungen gesagt worden sein, daß man sich an die bestehenden Gesetze nicht halten solle. Ja, meine Herren, diese Ausführung ist mir sehr verständlich. Ueberall, wo wir mit einem Parteigenossen sprechen, sagen wir selbstverständlich: Achten wollen wir das gemeine Recht, achten wollen wir die allgemeinen Gesetze — aber ein auf unsere Personen förmlich zugeschnittenes Gesetz achten wir nicht, wir achten es nicht und suchen es überall zu umgehen, wo wir nur können. Das erkläre ich auch an dieser Stelle ausdrücklich und füge mich dabei auf zahlreiche Beispiele, die ausdrücklich gleichfalls erklärt haben: die sogenannten Antikarlslymphegesetze achten wir nicht, weil sie Ausnahmegesetze sind. Die Alerikalen, mit denen Sie, Herr Minister, ja jetzt immer mehr harmoniren, auch die haben also dieselbe Erklärung abgegeben, wie wir es thun. Also nochmals: alle andern Gesetze achten wir so gut, wie jeder andere Staatsbürger. Aber wenn ein Ausnahmengesetz gegen uns erlassen wird, wer möchte es uns dann verargen, daß wir, die direkt Angegriffenen, uns wehren? Wir wehren uns eben mit aller Energie, denn so feige ist der Deutsche noch nicht geworden, daß er sich ruhig ohne Widerstand niederwerfen läßt.

— Die gewaltsame Revolution wird aber befördert nicht von unten, sondern von oben herab, wie uns die Geschichte lehrt. Immer

hat der Trud von oben die gewaltsame Bewegung des Volkes von unten erzeugt. Jetzt bin ich allerdings sehr zweifelhaft geworden, ob nicht ein solcher blutiger Ausbruch einmal kommen kann, wenn auch vielleicht nicht in nächster Zeit, aber doch nicht in allzuferner. Bis zum Ausnahmegeetze habe ich allerdings nie daran geglaubt, da war ich einer derjenigen Leute, die die ganze Hoffnung darauf setzten, die von uns gewünschte soziale Umwälzung könne auf dem Boden des Gesetzes erfolgen. Jetzt habe ich großen Zweifel bekommen, ich glaube sogar an eine gewaltsame Umwälzung, aber dann nicht wie die Schulbuben, sondern Sie sind es, die das Ausnahmegeetze gemacht haben. Wir können mit viel leichterem Blut einer solchen Revolution entgegensehen, da unser Herz und Gewissen rein ist, als diejenigen, die die eigentlichen Urheber eines gewaltsamen Ausbruchs sind.

— Man hat eine Liste verfertigt, und diese Liste ist mit den Signalementen der einzelnen Ausgewiesenen an alle Polizeibehörden Deutschlands gegangen. Wenn ein solcher Ausgewiesener nun in eine andere Stadt kommt und will Arbeit haben, da weiß die Polizei genau, was und woher er ist, die Polizei geht zum Arbeitgeber, wie es in Augsburg ein höherer Polizeibeamter gethan hat, ein früherer Abgeordneter sogar, und macht an die Geschäftlichkeit des Arbeitgebenden aufmerksam, der auch in den weissen Häuten keine Arbeit erhält. So werden Nichtisten und Bagabonden erzeugt; da soll man sich wundern, wenn diese Leute rabiat werden, wenn diese Leute die Gesellschaft nicht mehr achten, den Krieg der Gesellschaft erklären? Daß aber nicht bloß untere Polizeibeamte so verfahren, geht daraus hervor, daß oft genug auch von höheren Beamten Androhungen gefaßt sind, die darauf hindeuten, daß der Sozialdemokrat für schlechter gehalten wird, als ein Bagabond und Spitzbube. So passirte es vor gar nicht langer Zeit einem wegen Vergehens in Juidan inhaftirten Sozialdemokraten, der um eine Vergünstigung bat, ich glaube, rathen zu dürfen, daß der Herr Direktor, ich glaube Klinger heißt er, die Vergünstigung abschlag mit den Worten: Nein, Sie sind schlimmer als ein Spitzbube und Bagabond.

(Ruf: Hui!)

— Ja, das „Hui“ ist hier jedenfalls gut angebracht. Wenn solche Sachen vorkommen, dann müssen ja Menschen aufstehen, die ihr Leben für nichts achten, die schließlich keinen Respekt mehr vor sich selber haben, wenn sie in so niederrückiger Weise von den Beamten behandelt werden.

— In einem Antrag für die Wahl des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Stübel in Dresden, unterzeichnet von Herrn Adermann, Hofrath, Finanzprokurator, Stadtverordnetenvorsteher Dr. Dibelius, Konfessionsrath, von Einsiedel, Kreisamptmann, von Mangold, Landgerichtsdirektor und von Jiegler, Staatsrath, Professor — die Namen gebe ich aus den Unterschriften, weil sie mit den Verhältnissen vertraut sein mußten — heißt es:

„Wollt Ihr nicht endlich die Annahme zurückweisen, daß eine dreieitige Rinderpest ihre sozialgeschädlichen Verheerungen für die Euren ausübt und damit den guten Ruf Dresdens und Eure materiellen Interessen schädigt, ja sogar die Gefahr der Anwendung der Ausnahmeverhütung über unsere Stadt herauf beschwört. Mit diesen Worten erkennen die Herren an, daß die sozialdemokratischen Wahlen ein Grund seien für den Belagerungszustand. Das erkennt Herr Adermann auch mit an, und so glauben wir, daß die sächsische Regierung nur den Standpunkt vertreten hat, uns das Wählen so schwer wie möglich zu machen. Auch die „Dresdner Nachrichten“ schreiben gleich nach dem Siege des Herrn Stübel:

„Nun ist der Belagerungszustand vermieden worden, nachdem Bebel unterlegen ist.“

Man sieht also immer wieder, daß nicht die sogenannten verbotenen Bestrebungen den Hauptangriffspunkt für derartige Maßregeln bilden, sondern die erlaubten Bestrebungen, das Wählen für den Reichstag, für die Gemeindevorstellung und das Sammeln für die Opfer des Sozialistengesetzes. Nebenbei wird nur darauf hingewiesen, daß zu gleicher Zeit verbotene Broschüren vertheilt worden wären. Ich sagte aber schon, daß in Leipzig, von allen Ausgewiesenen nur ein einziger gefaßt und bestraft worden ist.

— Ich komme nun zum Schluß, — und Sie mögen entschuldigen bei dem reichen Material, daß die Rede etwas lang andauert. Ich habe schon angedeutet, daß durch das Spionagegeheim die meisten Ausgewiesenen erst zur Ausweisung gezwungen werden, daß deren Vergangenheit wenigstens bei der Hälfte der Ausgewiesenen gar nicht herabragend sozialdemokratisch war. Daß unter diesen Verlorenen, die von der Polizei zum Spionieren gebraucht werden, es recht verlässliche Subjekte gibt, das hat uns der jüngste Hochverrathsbroschüre zur Genüge gezeigt. Kann man denn sich ein verlässlicheres Subjekt denken, als der Schneider Horich ist, der in Frankfurt am Main sein Weib getrieben hat und der verschiedene Leute durch Lug und Trug auf die Anklagebank geführt hat, die später freigesprochen worden sind? Ebenso gut, wie man auf Grund solcher Spionage Verlorenen auf die Anklagebank wegen Hochverraths schleppen kann, kann man auf derartige Verurtheilungen hin eine Anwesenheitsurkunde erlassen und, meine Herren, das ist in der That auch oft genug geschehen.

Redner erzählt die näheren Details über den Fall Bättners und läßt dann fort:

— Bättners wurde infolge der Verbreitung jenes Blattes in Untersuchungshaft genommen, und als er nun zur Gewissheit gelangte, daß seine Frau und Kinder wiederum drohdig geworden seien dadurch, daß er vielleicht 2-3 Monate Gefängnis erhalten könnte, und daß dieselben in Verwahrung schon nach Berlin abgeführt seien, nimmt er sich das so zu Herzen, daß er sich im Gefängnis erhängt. Ja, meine Herren, das war eine recht weiche Natur. Wenn es aber eine härtere, stählerne Natur gewesen wäre, ein Mensch, der mehr daherkam, gewesen wäre als dieser weiche Mann, so hätte er gedacht, die drei Monate laßt du ganz gut noch abthun, aber wenn du aus dem Gefängnis kommst, wirst du dich rächen an den Feindern deiner Ehe, an den Leuten, die immer von der Heiligheit der Ehe sprechen, die sie aber dir gegenüber zerstört haben.

Zeiden hat es sich immer mehr in die unzugänglichen Gegenden zurückgezogen. Aber noch Reichens, der Admiral Alexander, des sogenannten Großen, von Kaledonien, berichtet, daß der Boden in Indien nicht nur Gemeineigentum sei, sondern auch gemeinsam bebaut und der Ertrag vertheilt werde. In einigen Gemeinden hat man dies noch vor Kurzem gefunden. Im Ganzen und Großen ist jedoch nicht nur die gemeinsame Bebauung des Bodens verschwunden, sondern auch die periodische Theilung desselben, wie wir sie zu Tacitus Zeiten bei den Germanen, heute noch in Rußland und auf Java finden. Die Akerlose sind bereits festes Eigentum der Familien geworden, welche sie jedoch nach bestimmten Regeln zu bebauen haben. Weide, Wald und unanbaubares Land sind heute noch Gemeineigentum, an dem alle Gemeindeglieder gemeinsames Nutzungsrecht haben.

Der Vorstand des Dorfes ist entweder ein Schulz, Vasel, oder ein Verwaltungsrath von Indianern, Pansich genannt, der die Gemeinde nach Außen hin zu vertreten und die Dorfpolizei zu besorgen hat. Er wird ebenso, wie alle anderen Funktionäre, von der Gemeinde gewählt, welche sich von Zeit zu Zeit unter einem großen Baume versammelt, um Wahlen vorzunehmen, Streitigkeiten zu schlichten und ihre Interessen durch Beschlüsse der versammelten Art zu wahren. Kompetenzstreitigkeiten gibt es da nicht.

Soweit ist die indische Dorfgemeinschaft von anderen uralten Dorfgemeinschaften durch nichts verschieden. Aber sie hat eine höhere Kulturstufe erlangt, als die anderen, und sie hat sich deswegen gezwungen gesehen, die Arbeitstheilung dem uralten Dorfgemeinschaften einzufügen. Dies ist ihr denn auch in der glücklichsten Weise gelungen.

Jundisch sorgt sie natürlich für des Leibes Nothdurft, vor Allem dafür, daß der Ackerbau, der wichtigste Erwerbszweig des Inders, wohl von Staaten gebe. Neben dem Rechnungsführer, welcher die geschäftlichen Angelegenheiten der Kommune zu ordnen hat, finden wir zwei „Männer der Wissenschaft“, welche, soweit es die indische Wissenschaft eben erlaubt, den Ackerbau zu regeln haben. Den Einen würden wir einen Ingenieur nennen. Er hat das Land zu vermessen und dafür zu sorgen, daß die Bewässerungskanalien in Ordnung sind und gezeitig gebraucht werden, eine Sache, welche angeht die großen Dürren in Indien und der großen Wasserstände, welche der Ackerbau erfordert, von ungemainer Wichtigkeit ist.* Neben dem Ingenieur fungirt ein Mann, den wir

* Jede Dorfgemeinschaft hatte in Indien ihre Bewässerungskanalien und ihr großes Wasserreservoir für die Zeiten der Dürre. Die Engländer

— Ich deutete schon an, daß sich in Deutschland mit „J. am“ Brot und Weisheit nicht regieren läßt. Man hat das versucht im alten Rom, wo der Staatssozialismus allerdings in anderer, direkterer Gestalt auftrat, in Form von Almosen und Spenden; man hat es versucht in Frankreich unter Napoleon III. Aber die Völker haben dies nur kurze Zeit ertragen. Das alte Rom ist gerade an einem solchen System zu Grunde gegangen, und auch Napoleon III. hat seinen Sturz hauptsächlich dieser Altruistischen Neigung zu verdanken. Das deutsche Volk, an viel ruhigeren Nachdenken gewöhnt, wird überhaupt gar nicht an derartige Zumuthungen eingehen. Solange die Peitsche des Ausnahmegesetzes in der einen Hand vom Regierungssitze geschwungen wird, nimmt kein deutscher Arbeiter aus der anderen das Juckerbrot an. Die Peitsche, die sich die Herren Körner und Jinn zugezogen haben, die so stolz ist, daß kein Berliner Arbeiter mehr mit ihnen umgehen mag, ist ja hauptsächlich dem Umstande zu verdanken, daß man einer Regierung nicht traut, die derartige Maßregeln nicht bloß gegen die Sozialdemokraten anwendet, sondern auch gegen die Arbeiter überhaupt, denn die denkenden Arbeiter, die politisch thätigen Arbeiter sind in der Hauptsache alle Sozialdemokraten

(Ruf: Oho!)

— die politisch thätigen Arbeiter meine ich, andere nicht. — Es glauben nämlich die Massen der Arbeiter, daß das Gesetz in der Hauptsache gegen sie gerichtet sei. Sie nennen es ein Arbeitergesetz, aber kein Arbeiterduldengesetz, sondern ein Arbeiterschutzesgesetz, und solange wie dieser Gedanke im Volke ist, kann die Regierung noch so oft das Juckerbrot zur Hand nehmen und noch so schmeicheln lachen, kein Arbeiter folgt diesem Locken. Vorhin las ich schon aus einem Arbeiterbriefe vor, daß man sich nicht „verföhren“ lassen wolle. So wie der Briefschreiber, genau in demselben Sinne denken hunderttausend und aberschunderttausend Arbeiter, auch die nicht für uns gewählt haben, besonders die jungen Arbeiter, die gerade die feurigsten Anhänger der Sozialdemokratie sind. Hundertmüthig ist wenigstens unter deutschen Arbeitern nicht, und deshalb möge man erst die Peitsche begraben, ehe man das Juckerbrot anbietet. Dann läßt sich wenigstens in aller Ruhe über Verträge leiten der Regierung diskutieren, die angeht das Arbeiterwohl bedenkend sollen. Die Diskussion hört aber im Großen und Ganzen auf, weil man immer die drohende Peitsche sieht. Wie kann erhalt ein Arbeiter oder Sozialdemokrat jetzt über das Unfallversicherungsgesetz oder das Altersversorgungsgesetz mit dieser Regierung in Unterhandlung treten, solange das Ausnahmegeetze gegen die Arbeiter existirt? Bis das Ausnahmegeetze nicht verschunden ist, müssen wir den Regierungsausschüssen gegenüber kein sagen, solange müssen wir mit aller Entschiedenheit gegen derartige Juckerbrotgesetze uns verwahren, obwohl wir auch sonst dieselben nicht kritisieren würden. Aber man könnte auch Ausnahmegeetze wenigstens in Ruhe über dieselben berathen und sie genau prüfen.

— Meine Herren, es nun nach Ihrer Meinung das Sozialistengesetz nötig — ich habe schon ausgeführt, daß wir nichts dagegen haben — so mag es bestehen bleiben, der Belagerungszustand aber trifft nicht unsere politische Partei, sondern er trifft lediglich die einzelnen Personen, besonders die Familien; und meistens sogar trifft er Unschuldige. Deshalb halte ich den Belagerungszustand, der uns, ich wiederhole es, als Partei gleichfalls nicht genirt, für äußerst verwerflich; ich halte ihn für demoralisirend, ich halte, wie ich schon ausgeführt habe, dafür, daß er den Nationalismus erweckt.

Trotzdem der Belagerungszustand also ein großer Schaden für das deutsche Vaterland ist, welches ich ebenso sehr liebe wie irgend Einer von Ihnen im Hause, stellen wir keinen Antrag auf Aufhebung desselben. Dazu sind wir zu stolz. Wenn Sie nicht genirt werden durch den Belagerungszustand, durch das Sozialistengesetz, so mögen Sie es aufrecht erhalten; aber was daraus entsteht, nehmen wir nicht an uns. Alles Unheil, was geschieht und geschehen ist, das legen wir auf das Haupt derjenigen, welche das Sozialistengesetz geschaffen und aufrecht erhalten haben und besonders der Regierung!

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 26. Dezember 1881.

— Unser Artikel „Entweder — Oder“ hat, wie wir erwarten war, eine Reihe Zuschriften an die Redaktion des „Sozialdemokrat“ zur Folge gehabt, bis jetzt, wie wir mit Genugthuung konstatiren können, nur prinzipiell zustimmende. Ferner ist in einer Fraktionslistung unserer Abgeordneten einstimmig beschlossen worden, daß über den offiziellen Charakter des „Sozialdemokrat“ einfach kein Zweifel besteht, und daß die erste Gelegenheit benützt werden wird, um öffentlich zu erklären, daß unsere Vertreter mit der Gesamtheit des „Sozialdemokrat“ vollkommen einverstanden sind.

Der Verfasser der „Briefe eines Achtundvierziger“ schreibt uns in dieser Angelegenheit: *)

„Ihr Artikel mit der Ueberschrift „Entweder — Oder“ war zwar nicht ganz „opportunist“, aber er war ganz korrekt. Nicht ganz „opportunist“, weil Sie ihn geschrieben, ehe Sie den stenographischen Bericht über die Reichstagsverhandlungen betreffend den „kleinen“ Belagerungszustand hatten, denn dieser Bericht würde Ihr Urtheil modifizirt haben. Ganz korrekt, weil jeder Sozialdemokrat, ohne seine Prinzipien zu verlegen,“

*) Wir bebauern, seinen Brief Raumangeheiß halber nur zum Theil abdrucken zu können.

einen Meteorologen nennen würden. Aber bei den neuen Anschauungen des Inders ist es nicht zu verwundern, daß es ein Astrologe ist, der Kalenderbräuhane, welcher die glücklichen und unglücklichen Tage für Säen, Ernten, Dreschen und andere wichtige Vornahmen auszukundschaffen hat.

Neben diesen beiden Männern der „Wissenschaft“ hat die Kommune ihre Handwerker: den Schmied, den Zimmermann, den Korbmacher, den Töpfer.

Die Gemeinde sorgt aber auch dafür, daß man neben den Erzeugnissen des Reisbaues noch etwas anderes zu essen habe. Jede hat ihren Kubhirschen und viele, namentlich früher, außerdem noch einen Fische, einen Jäger und einen Vogelsteller. Seit dem 8. Jahrhundert vor Beginn unserer Zeitrechnung verbieten allerdings die brahmanischen Speisegesetze den Genuß des Fleisches, doch werden Ausnahmen gestattet: das Fleisch

haben die Dorfgemeinschaften aufgeschloß, namentlich dadurch, daß sie die Steuern nicht nach Dörfern, sondern nach Individuen vertheilen, sowie dadurch, daß sie den Grund und Boden der Gemeinden den bisherigen Steuererhebenden, den Zemindars, als Eigenthum zuweisen, um aus diesen eine Stütze der Regierung nach Art des englischen Adels zu machen. Die Ganer wurden völlig aus Rußland und Aiteigenthümern einer Kommune zu beschloßen Pächtern gemacht von denselben Leuten, die in London ein eifähriges Wädhren hängen ließen, weil es ein Taschentuch gestohlen hatte. Der einzelne Bauer hat jetzt nicht mehr die Mittel, die Bewässerungskanalien und Weirwerke in Stand zu halten. Die englische Regierung thut nichts dafür, so verfallen sie, und wenn Zeiten der Dürre kommen, bricht eine jener entsetzlichen Hungersnöthe aus, wie sie jetzt fast jedes Jahr vorkommen, die aber unter der Herrschaft des Kommunitismus unbekannt waren.

Warren sagt in seinem „L'Inde Anglaise“ II. 310: „Die Engländer haben keinen Bewässerungskanal, keinen Fische, keinen Kanal gezogen, keine Brücke gebaut zum Wohle ihrer indischen Unterthanen. Sie haben keine Straßen gebaut, außer für das Militär. Man unternimmt nicht nur nichts Neues, sondern läßt das Alte verfallen. Mit den Zeichen und Kanälen verwindet auch die Kultur und die Bevölkerung, das Land wird eine Wüste. In einem einzigen Distrikt der Provinz Madras, in North Arcot, war die Zahl der in einem Jahre zu Grunde gegangenen Leide nicht weniger als 1,100, nachdem der Distrikt nicht länger als ein Vierteljahrhundert unter englischer Oberhoheit stand.“ Wie sehr reich wirkt doch das Privateigenthum!

zu einem anderen Urtheil über die Stellung und Haltung unserer Partei nicht gelangen kann.

Die Abgeordneten unserer Partei werden durch die Thatsache, daß sie ein Mandat besitzen, nicht zu einer Verletzung des Parteiprogramms, nicht zu einer Verleugnung der Parteibeschlüsse berechtigt. Im Gegentheil, gerade der Besitz des Mandats legt ihnen erst recht die Pflicht auf, das Parteiprogramm auf das Gewissenhafteste einzuhalten, die Parteibeschlüsse auf das Gewissenhafteste zu befolgen.

Das Parteiprogramm kommt hier nicht in Frage. Es ist von keinem Parteigenossen, sei er Abgeordneter oder nicht, in Frage gestellt worden. Und konnte und kann nicht in Frage gestellt werden, aus dem sehr einfachen Grunde, weil die Anerkennung des sozialdemokratischen Programms die Mitgliedschaft der sozialdemokratischen Partei bedingt. Wer dieses Programm nicht anerkennt, ist einfach kein Sozialdemokrat, habe er ein Mandat oder nicht.

Was in Frage kommt, ist ein Parteibeschluß. Der Wiener Kongreß, welcher die oberste, die maßgebende Vertretung der deutschen Sozialdemokratie so lange ist, bis ein anderer allgemeiner Parteikongreß tagen wird, hat den einstimmigen Beschluß gefaßt, daß der in Zürich erscheinende „Sozialdemokrat“ das offizielle Organ der deutschen Sozialdemokratie ist. An diesem Beschluß läßt sich nicht rütteln. Möglicherweise, daß der Eine oder Andere, der sich für einen guten Sozialdemokraten hält, vielleicht auch es ist, dies und jenes an der Haltung des „Sozialdemokrat“ aussetzen hat — allein das kann an dem Bestehen des „Sozialdemokrat“ zur sozialdemokratischen Partei Deutschlands nichts ändern. Der „Sozialdemokrat“ ist und bleibt, trotz Kongreßbeschlüssen, das offizielle Organ der deutschen Sozialdemokratie. Und diese unumstößliche Thatsache muß von jedem deutschen Sozialdemokraten anerkannt werden.

Wenn ein deutscher Sozialdemokrat diese Thatsache in Abrede stellt, so setzt er sich in Widerspruch mit dem vollständigen Kongreßbeschlusse und verlegt diesen. Durch eine solche Verleugnung ist nicht die Stellung des „Sozialdemokrat“ zur Partei berührt, sondern höchstens die Stellung des Verleugners zur Partei.

Was nun Halenscler betrifft, so wird Ihnen ein Blick in den kenograpischen Bericht zeigen, daß derselbe weit davon entfernt gewesen ist, den „Sozialdemokrat“ zu verleugnen. In dem Brief, den ich Ihnen vergangene Woche schrieb, wurde schon angegeben, daß einige Auswüchse in der Reihe Halenscler's glücklicher hätten gewählt sein können, allein Sie selbst haben ja, und mit Recht, gesagt, daß es im Inneren der Debatte nicht immer möglich ist, den treffenden Ausdruck für einen richtigen Gedanken zu wählen. Der einzige Fehler, den Halenscler begangen hat, und den er bedauert, ist ein lapsus linguae, eine Unklarheitsfäule, indem er an der Stelle, wo er sagt, daß die deutsche Sozialdemokratie keine Organe habe, vergaß hinzuzufügen: im Ausland. Mit diesem Zusatz ist die Erklärung durchaus korrekt.

In Bezug auf Bloss ist unser Mitarbeiter gleich uns der Ansicht, daß dessen Ausführungen nicht korrekt waren und einer Richtigstellung bedürftig. Wir wissen nicht, ob Bloss der oben erwähnten Fraktionsführung beigewohnt hat. Ist dies der Fall oder erklärt Bloss ausdrücklich seine Zustimmung zu dem betreffenden Fraktionsbeschlusse, so ist dieser Zwischenfall für uns erledigt.

— Ueber die Fraktionslegung unserer Abgeordneten, in welcher die Stellung zu den staatssozialistischen Plänen Bismarck's beraten wurde, laufen verschiedene Berichte durch die Zeitungen. Wir können hier nur konstatieren, daß an der prinzipiellen Stellung unserer Partei, wie sie in der letzten Reichstagsession durch Bebel und Liebknecht, gelegentlich des Unfallversicherungsgesetzes ausführlich dargelegt wurde, nach wie vor festgehalten wird. Unsere Abgeordneten werden den Gegnern nicht den Gefallen thun, sich mit dem bloßen Reinsagen zu begnügen, sondern wie bisher, wo es ihnen zweckmäßig erscheint, durch postende Antworten die Herren „Arbeiterfreunde“ zwingen, Farbe zu bekennen. Gelegenheit dazu wird sich bald bieten. Die Interpellation Hertling betr. der Fabrikgesetz wird in der ersten Sitzung nach den Ferien zur Debatte kommen, und wird von unserer Seite, wie wir hören, Grillenberger dazu das Wort nehmen. Ferner bereiten bekanntlich die Fortschrittler einen Entwurf auf Aufhebung des Haftpflichtgesetzes vor, und die Regierung wird es sich auch nicht nehmen lassen, ihre Arbeiterunfallversicherungsvorlage auf's Neue zu präsentieren. Bei allen diesen Veranstaltungen werden unsere Freunde im Reichstage am Platze sein und verhindern, daß unter der Maske von „sozialen Reformen“ irgend welcher Humbug dem Volke aufgestreut wird.

— Aus Dresden wird uns unterm 21. Dezember geschrieben: Die Polizei- und Justizbehörden sind in Sachsen noch immer an der Tagesordnung. Deutsche Volksvertreter werden hier wie Vogadonnen von Ort zu Ort gejagt und christliche Arbeiter werden in's Gefängnis geworfen und von der Polizei geschunden, selbst dann, wenn sogar lässliche Richter ihnen nichts in der Schube schieben können. So wurde der Genosse Kaiser, nachdem er bereits aus Dresden ausgewiesen war, auch noch aus dem ganzen Distrikt unserer Landespolizeibehörde ausgewiesen, damit er sich ja nicht in Pilschen oder Striepen aufhalten könne. Unser Kreishepauptmann, den während der letzten Hundstage ein toller Hund gebissen hat, und der deshalb zuweilen fest-

der Raubvögel, einiger Fische, des Rhinoceros und Krokodils darf gesehen werden.

Der Mensch verlangt aber nicht nur nach Essen und Trinken, sondern auch nach Sicherheit. Die Herrschaft des Privatenthums ansehnlich der Kommune erzeugt Diebe und Räuber. Der Fallier hat daher das Dorf vor denselben zu bewahren und für sicheres Geleit der Reisenden bis zur nächsten Gemeinde zu sorgen. Zur Sicherung vor schädlichen Thieren dient der Schlangentöchter. Wer trotzdem Wahrheit hat, wird vom Rest der Dorfgemeinde geholt. Zur Gesundheit gebort indes nicht nur der Arzt, sondern auch Keilhackerei. Ein Wäcker und ein Barbier sind da, diesem Bedürfnisse zu genügen.

Ist der Mensch satt und sicher, dann erwachen weitere Bedürfnisse in ihm. Er sucht die ihn umgebende Welt zu erkennen, ihre Gesetze zu erkennen, er will wissen. Auch diesem Wissensdrang wird die Gemeinde gerecht, natürlich in der ihrer Kulturstufe eigenen Weise. Der uralteste Versuch, die uns umgebende Welt zu erklären, ist die Religion. Der Jäger ist daher mit einem Brahmanen zufrieden. Neben ihm hat er aber einen Schullehrer für die heranwachsende Jugend.^{*)}

Aber mit alledem ist die Dorfgemeinde noch nicht zufrieden. Sie verschafft ihren Mitgliedern Kenntnisse, soweit sie für ihre Kulturstufe nur möglich sind: Oper, Ballet und Schwalpe. Die Kommune hat einen Musiker, ein Tanzmädchen und einen — Dichter, der theils selbst bei festlichen Gelegenheiten Gedichte zu machen, namentlich aber Abends, nach der Arbeit, der verlassenen Gemeinde die alten Epen und Legenden vorzutragen hat.

Analog dieser Gemeinde wird auch die freie Gesellschaft konstituiert sein. Eine Regierung existiert in der indischen Kommune nicht. Auch der Dorfvorstand ist nur einfacher Beamter der Gemeinde, dem die anderen Funktionäre beigeordnet, nicht untergeordnet sind. Jedem wird vom Gemeinwesen sein Wirkungsbereich bestimmt, für dessen Ausübung er ihm wiederum verantwortlich ist. Von einer Anarchie ist keine Spur.

*) So lange die Dorfgemeinde in Indien intact bestand, hatte jedes Dorf seine Schule. Jetzt ist es anders geworden. Die Engländer thun nur ähneln wenig für den Unterricht der Kinder der Weissen und Paraker (Nischinge). Für den Unterricht der Eingeborenen wird so gut wie gar nicht gesorgt. Im englischen Indien, welches an 300 Millionen Menschen zählt, beendeten 1868 166,742 Kinder die Schule! Wie barbarisch und kulturfeindlich ist doch der Kommunismus!

same Anfälle bekommt, fürchtete, Kaufleute von Dresdens Umgebung aus die biesige öffentliche Ordnung und Sicherheit untergraben. Damit Käufer dies nicht schon vor seiner Abreise thun möge, folgten ihm, als er aus dem Kerker entlassen war, zwei Mann, darunter der durch seine Frechheit berühmte Gendarm Fichtner nach und gingen in jedes Restaurant, ja in jedes Pflaster, welches Käufer betrat, um seine unehrliche Thätigkeit zu beobachten. Kalim Käufer eine Drohschle, so führen sie ihm nach, und als sie durch unsere Parteigenossen, dem die Sache schließlich Spott machte, einmal mobilisiert wurden und den Besorgten aus den Augen verloren, waren sie ganz unglücklich. Der Minister des Innern wird mit diesen ihren angestrichelten Gefühlen wahrscheinlich auch die projektierte Anstellung von 10 neuen Polizisten motivieren, damit künftig 10 Mann statt nur zwei für solche Spülhundenbische vorhanden sind. — Schlimmer noch als Käufer erging es dem Arbeiter Tröger. Derselbe hatte seinem Schwager den „Sozialdemokrat“, den er mit jenem abonnierte, zugelandet, im vollen Bewußtsein, damit etwas durchaus gelegentlich Gelaudes geben zu haben. Aber das Gesetz schützt nicht vor polizeilichen Brutalitäten. Die von Tröger verhandelte Nummer wurde auf der Post gestohlen und an die Polizei abgeliefert. Darauf wurde bei Tröger eine große Hausdurchsuchung gehalten und derselbe, als er eben zur Arbeit gehen wollte, verhaftet und in's Polizeigebäude geschleppt. Dort wurde er mit Sägenbänden zusammengepackt und seine Taschen nachworts durchsucht. Bei diesem Geschäft schrieb der Kommissär Paul, welcher sich in Gesellschaft gern als anständiger, fast gebildeter Mann ausweist, im Amte aber seinen wahren Charakter zeigt, den Gendarmen zu: „Habt Ihr ihn schon untersucht, ob er Läuse hat?“ Ueber diese Koketterie einem anständigen Mann und politisch Spürten gegenüber erstobeten selbst die gemeinen Gendarmen. Nachher wurde Tröger an die sogenannte Justiz abgetheilt, welche ihn bereitwillig ein-sperrte und eine „Unterladung“ begann, um den Gefangenen in Haft behalten zu können. Die Unterladung dauerte vier Wochen, während derselben blieb Tröger seiner Familie entzogen, konnte derselbe kein Brod verdienen und wurde als Verbrecher eingesperrt gehalten. Vorige Woche endlich fand die Verhandlung gegen ihn statt, und er mußte selbstverständlich freigesprochen werden, da absolut nichts Strafbares an ihn zu bringen war, ja von der Anzeigenschaft etwas Strafbares nicht einmal als vorhanden behauptet werden konnte. Und deshalb vier Wochen Unterladungshaft, während eine biesige Bourgeoischicht, welche wegen Verleitung zum Meineid ein Jahr Zuchthaus erbielt, sowohl vor als nach der Verurteilung frei herumläuft. — Einer unserer Unterladungrichter, welche solche Strafen verüben, hat übrigens bald ausgespielt. Der Assessor Dr. Flechtig, sehr gestimmungsverwandt mit dem im Zuchthause hängenden Chemiker Assessor Dr. Böhmert, hat, wie dieser, Schulden halber Unterladungen im Amte gemacht, und wenn die Sache aus bis jetzt nach verlaßt wird, dürfte sie doch bald durch die Uneinigkeit der juristischen Spitzhaken untereinander an's Licht gezogen werden.

— Kanakken! Genosse D. Lehmann in Pforzheim, den Polizei und Bourgeoisie in ebem Lande süßematisch um seine Episteln zu bringen beschreit sind, war vor Jahresfrist von dem „Sozialrevolutionär“ Christian Mayer denunziert worden, daß er der Jülicher Richtung angehöre und den Vertrieb des „Sozialdemokrat“ sowie verschiedener verbotener Flugblätter geleitet habe. Am 10. Dezember fand nun vor der Karlsruher Strafkammer die Verhandlung statt, in welcher „Zeuge“ Mayer, nachdem er den Eid geteilt, behauptete, daß er von dem Angeklagten nichts wisse, er habe damals verschiedene Angaben nur deshalb gemacht, um vor den angeführten in ihn dringenden Polizeiorganen Ruhe zu haben. Er konnte sich der theilweise verlesenen Angaben entweder nicht mehr erinnern oder stellte sie ganz in Abrede. Die Zeugen Polizeikommissär Häcker, Kriminal-Dezernent Stier und Gendarmenwachmeister Guggenbühler von Pforzheim konstatirten, daß Mayer damals selbst wegen nachgewiesener Verbreitung verbotener Schriften verhaftet, verschiedene Angaben über den Angeklagten freiwillig gemacht habe, daß aber sie selbst bei der eifrigen Nachforschung keine dem Angeklagten zur Last zu legende Spur entdeckten hätten; Polizeikommissär Häcker betonte ausdrücklich, daß er den Angeklagten als soliden und anständigen Mann kenne.

Herr Staatsanwalt Arnold von Pforzheim führte kurz aus, daß er zwar nicht glaube, daß der Angeklagte so unschuldig sei, wie er sich hinstelle, indem derselbe Hauptführer der Sozialdemokraten in Pforzheim sei, da jedoch ein Beweis nicht erbracht sei, so sei nur der angeführte Brief nach Karlsruhe in Betracht zu ziehen, er erbitte darin eine strafbare Handlung und wenn der Gerichtshof derselben Meinung sei, beauftrage er eine angemessene Gefängnisstrafe.

Der Verteidiger des Angeklagten beantragte nach kurzer, der Beweis-annahme entsprechender Verteidigung Freisprechung.

Nach halbständiger Beratung, während welcher das zahlreich anwesende Publikum auf Freisprechung wette, wurde das Urtheil verhängt, das auf 3 Monate Gefängnis lautete. In den Urtheilen ist hervorgehoben, daß zwar dem Angeklagten eine direkte Verbreitung nicht nachgewiesen werden könne, derselbe sei aber früher hervorgetragenes Mitglied, sogar Vorstand der sozialistischen Partei, des verbotenen Arbeitervereins, Gewerkschafts u. s. w. gewesen, habe eine Wertschätzung gehabt, in welcher die Sozialdemokraten verkehrten, somit sei mit Bestimmtheit anzunehmen, daß er um die Verbreitung

Sowie jede Familie verpflichtet ist, den ihr zugewiesenen Grund und Boden nach den Vorschriften der Gemeinde zu bebauen, so ist auch jeder Funktionär verpflichtet, sein Amt gewissenhaft zu verwalten, ebenso gewissenhaft, als es heute ein Beamter verwalten muß. Was die anarchische Willkür der Regierung, den Beamten im Interesse der herrschenden Klassen zur Unterdrückung des Proletariats zu benutzen, läßt weg, und ebenso die anarchische Willkür jedes Vorgesetzten, seine Leute nach Belieben zu benutzen und auszubenten. Jeder hat an seinem Pöbel im Interesse des Großen und Ganzen zu wirken.

Soweit sind sich die Verhältnisse der indischen Dorfgemeinde und der sozialistischen freien Gesellschaft gleich. Soweit gleichen sich auch die Erscheinungen, welche beide zu Tage treten.

Aber die historische Entwicklung hat Verhältnisse geschaffen, die der indischen Dorfgemeinde unbekannt sind, die jedoch von der freien Gesellschaft der Zukunft nicht ignoriert werden dürfen. Es wäre demnach Wahnsinn, die letztere ganz auf dem Fuße der ersten einzurichten zu wollen.

Das Gemeinwesen hat die Produktion zu organisieren. Wie ganz anders als in der Dorfgemeinde muß sich aber diese Organisation heutzutage gestalten, angesichts der totalen Entwicklung moderner Technik. Die Arbeitsteilung erstreckt sich nicht mehr auf einzelne Personen, nicht einmal auf einzelne Gemeinden, nein, auf die ganze Nation, ja auf den ganzen Kreis der Nationen, die der modernen Kultur angehören. Soll die Waarenproduktion besorgt und an ihre Stelle, wider die Erzeugung von Gebrauchswerten gesetzt werden, so müssen auch, wie in der Familie oder der indischen Gemeinde, sämtliche Arbeitszweige wieder vereinigt, unter eine höhere Einheit gebracht werden. Dies ist nicht möglich innerhalb der Kommune oder Gruppe, sondern nur innerhalb eines größeren Kreises. Diesen größeren Kreis bietet uns die historische Entwicklung, welche die provinzielle Abgliederung beseitigt hat, in der Nation, mit dem Hinweife auf die kommende Vereinigung der Nationen zu einer noch höheren Einheit. Nur auf nationaler Grundlage, mit Befreiung der nationalen Abgliederung, kann die freie Gesellschaft die Produktion organisieren.

Und wie mit der Produktion, ist es mit Kunst und Wissenschaft. Die freie Gesellschaft kommt mit einem Schullehrer und einem Bradmannen nicht aus, die Kommune hat aber namentlich, wenn der Dualismus von Stadt und Land verschwinden ist, unmöglich die Mittel, ihren Mitgliedern alle Hilfsmittel der modernen Wissenschaft, Hochschulen, Labortorien, Sternwarten, mechanische und agrarische Versuchsanstalten,

der verbotenen Schriften wisse, daß sie sogar von ihm ausgeinge und er Andere nur als Werkzeug benutzte u. s. w.

Nach Begründung des Urtheils bemerkte Genosse Lehmann: „Jetzt bin ich überzeugt, daß ich umsonst an das Gerechtigkeitsgefühl der Herren Richter appellirt habe, worauf ihm der Präsident unter Androhung sofortiger Verhaftung Ruhe gebot.“

Die „Südd. Post“, der wir diesen Bericht entnehmen, fügt hinzu, daß sogar von den anwesenden Rechtsanwältinnen allgemein ausgesprochen wurde, daß hier die Gefinnung und nicht die That bestraft worden sei.

Für die Feinden, welche ihr Richteramt zu so schwachvoller Klassen- und Parteipolitik ausbeuteten, haben wir nur das eine Wort, welches wir dieser Notiz voranzusetzen: Kanakken! Und wir machen es unseren Genossen in Karlsruhe zur Ehrenpflicht, dafür zu sorgen, daß die Namen dieser Kanakken im Parteiorgan gebührend an den Vrangere gestellt werden unter dem Motto:

Nieder mit der Kanakke!

— Einen alten Schwindel trifft ein Soldatenscheiber der herrschenden Klassen in der „Arbeiterfreundlichen“, „Norddeutschen Allgemeinen“ auf. Dieser Bursche, der sich Bruno Walden nennt, schreibt in seinem „Wiener Briefe“:

„Daß der Luxus der Reichen das Brod der Armen“ sei, illustriren diese außerordentlich dastigen Gewebe, die eher aus den Händen der Jete Rab, als aus jenen armer Ergebeigierlingen zu kämmen scheinen, und wenn Prinzessin Nyskanti — die interessante Braut der Kaiserin, die sich demnach mit dem Prinzen Philipp von Hohenlohe-Schillingenbüren vermählt — sich mit ihrer Spitzengarnitur schmückt, so mag sie das Bewußtsein erregen, damit sechzig Personen ein Jahr lang Unterhalt gewährt zu haben.“

Nach dieser Salbaderei sollte man wirklich meinen, es sei ein besonderes Verdienst der „interessanten“ Prinzessin Nyskanti, eine so kostbare Spitzengarnitur zu tragen. Wenn statt 60 etwa 600 Personen ein Jahr lang für das eitle Franzenszimmer gearbeitet hätten, so wäre sein Verdienst noch zehnmal größer. Daß die 60 Personen statt dieses Luxus sehr nützliche Dinge anfertigen und abgeben konnten für die Millionen, die an den nothdürftigen Kleidungsstücken Mangel leiden, wenn die „interessante“ Prinzessin Nyskanti und die übrige fürstliche Sippschaft nicht den Schweif ihrer Millionen eingehemft hätten und noch einheimischen, das genirt so einen Lobschreiber nicht. Woher wird er denn bezahlt?

Wenn diese verlogene Darstellung nur innerhalb des herrschenden Gesellschafts verbreitet wäre, wollten wir noch gar nichts sagen, aber leider finden sich im Volke immer noch Dumme, welche auf den Veim geben und den Schwindel glauben!

— Die fortschrittlichen Hohenzolernnächte haben wieder einmal von ihrem Höhen einen allerhöchsten Fußtritt erhalten. Der „geheime Kaiser Wilhelm“ hat seinen Putzhammer aus Anerkennung über seine Verteidigung der Wahlkreise „das Kreuz mit dem Komthurkreuz des Hausordens von Hohenzollern“ verliehen. Profit Kenjahr!

— Aus Hamburg wird uns entgegen einer von uns gebrachten Notiz berichtet, daß der Reichstagskandidat des dritten Hamburger Wahlkreises, Ernst Brenzel, nicht zu denen gehört, welche die Erlaubnis erhalten haben, sich wieder in Hamburg aufzuhalten.

— Aus Oesterreich. Franz Joseph, der in seinem Leben keinen selbständigen Gedanken zu fassen vermocht hat, ist seit einiger Zeit eifrig bemüht, seinen „erleuchteten Bruder“ Wilhelm, wo er nur kann, zu kopieren. Was dem Hohenzoller Bismarck, das ist dem Habsburger Laase, nur mit dem Unterschied, daß der Erstere Kaiser von Bismarck's Gnaden ist, Graf Laase aber Minister von seines Nischbruders Gnaden. Wie Wilhelm der „Fortschrittspartei“ durch Bismarck's Zustimmung verabschiedet läßt, so Franz Joseph durch seinen Laase der sogenannten Verfassungspartei. Neulich ist er sogar noch einen Schritt weiter gegangen und segelte in allerhöchster Person eine Deputation der Triester Handelskammer ab der „faktischen Opposition“ der Triester Abgeordneten an. Er hatte ja von Wilhelm gesehen, was man der liberalen Bourgeoisie heute Alles ungekrast bieten kann. Und richtig, die erkrankten Triester Abgeordneten betheueren hoch und heilig, daß sie durchaus keine „Auführer“, sondern gute und getreue Unterthanen Sr. Majestät seien, und der Eine von ihnen legte sogar verzweifelt sein Mandat nieder. Und so etwas nennt man Volksvertreter!

So sicher er sich aber gegenüber der Bourgeoisie fühlt, um so größerer Zucht hat Franz Joseph vor dem arbeitenden Volke. Daß er bei der Beerichtigung der Verunglückten des Ringtheaters die Truppen konfignieren ließ, ist bekannt. Die Stimmung in den Massen war auch eine so drohende geworden, selbst der Philister rebellirte, daß nicht viel am Ausbruch eines offenen Aufstandes fehlte. Zum Glück für die Oberen hält die Erregung des Philisters nicht lange vor, und seit nun gar Franz Joseph angeordnet hat, daß an der Stelle des Ringtheaters eine Schule gebaut werden soll, ist er ganz aus dem Häuschen über den „guten Kaiser“. Denn „Bildung was sie sein?“ Der Abgrund von Korruption und Bewalterscham ausweisen, mag der Feuerschein des brennenden Ringtheaters so grell beleuchtete, daß er selbst dem blödesten Auge sichtbar wurde, ist wieder vergessen, und die großartige Unternehmung, von der Anfangs geschweift wurde, wird mit der Abschachtung einiger untergeordneter Opernämmer zur

Museen, Bibliotheken u. s. zu bieten. Dieß kann wiederum nur die Nation. Und nur die Nation vermag es, die Kunst auf der Höhe zu halten, welche sie erkommen, und sie weiterer Veredlung entgegenzuführen.

Es wäre absurd, von der indischen Kommune zu verlangen, sie solle ein Establishement nach Art des Borgh'schen einrichten und die hiesigen nützlichen Maschinen und Rohstoffe selbst liefern. Es wäre absurd, von ihr zu verlangen, sie solle Eisenbahnen zu den Nachbargemeinden bauen und im Betriebe halten; es wäre absurd, von ihr zu verlangen, sie solle eine Universität mit allen nützlichen Hilfsmitteln errichten, und ein Theater, sowie eine Kunstgalerie allen Anforderungen der modernen Kunst gemäß ausstatten. Ebenso absurd, als diese Forderungen aber ist es, die Kommune als die Basis der freien Gesellschaft hinzustellen. Nicht die Kommune, sondern die Nation wird die Basis derselben bilden. Weder die Individuen, noch die Kommunen werden nach Belieben so viel von ihrer Freiheit an die Nation abzugeben haben, als sie es zu ihrem Wohlbedenken für nötig erachten, sie werden nicht eine „freie“ Föderation mit einem modernen contract social^{*)} bilden, sondern die Nation wird den Kommunen und Individuen so viel Freiheit geben, als sie zu ihrem eigenen Wohlbedenken für nötig erachtet. Nicht das Wohl des Einzelnen, nicht das Wohl der Gemeinde, das Wohl der Nation wird der höchste Zweck der freien Gesellschaft sein, dem sich alles andere untergeordnet hat. Salus reipublicae suprema lex esto.

Die freie Gesellschaft wird eine Föderation von Nationen und nicht von Gruppen oder Kommunen sein, deren Produktion nicht dem freien Belieben und der freien Gruppierung oder der sozialen Attraktionskraft überlassen sein, sondern unter der Leitung einer wohlorganisirten Verwaltung stehen wird.

Die Befreiung des Staats, die Entwicklung der freien Gesellschaft bedeutet also nichts weniger als eine Konzeption an die Anarchisten, Symmachos.

*) Gesellschaftsvertrag.

Verbreitung bedingend. Der Tag geht lustig fort. Die Korruption greift immer weiter um sich, bis das arbeitende Volk sich stark genug fühlt, mit kräftiger Faust der Schandwirtschaft ein Ende zu machen.

Nachschrift. Franz Joseph hat sich zu guter Letzt noch eines Besseren besonnen und anstatt der Schule eine Kapelle an der Stätte des Ringtheaters gestiftet. Thut nichts, der Spießbürger läßt sich auch das gefallen.

— Vom 1. Januar ab wird unser belgisches Bruderorgan, Die „Voix de l'ouvrier“, wieder erscheinen. Ein herzlich willkommen dem tapferen Streiter!

— Aus Frankreich. Die Bourgeoisrepublik macht sich. Der Schwindel blüht noch ärger als unter dem Kaiserreich, und die „heilige“ Ausbeuterfreiheit feiert ihre wüthendsten Orgien. Der Streik der Grubenarbeiter von Grand-Combe (Departement Gard) hat wieder einmal gezeigt, wie unerlässlich die Kapitalistenbesitze ihr Ausbeutungswerk betreibt. Die Aktien dieser Gesellschaft im Nominalewerthe von 500 Franken stiegen im November über 2650 Franken. Das genügt aber den Ausbeuterseelen noch nicht. Schon hatten sie durch allerhand Manipulationen die Löhne herabgeschraubt und die Arbeitszeit verlängert, die Arbeiter grühten, aber sie fügten sich. Das ermunterte die Direktion und plötzlich ließ sie den Arbeitern bekannt machen, daß sie auf jedes geleistete Quantum Kohle den vierten Theil für Abfälle, Steine u. s. m. (barjao) vom Lohne in Abzug bringen werde. Diese Unverschämtheit schlug dem Fuß den Boden aus, und 4,000 Bergleute stellten entrüstet die Arbeit ein. Um die „behörnten“ Arbeiter wieder zu willigen Kapitalisten zu machen, schickte man zunächst Pfaffen und Priester vor; Die Arbeiter aber rochen Laute und empfingen die Gottesmänner mit dem Rufe: A bas la calotte! (Nieder mit der Priestermütze), worauf dieselben im Bewußtsein ihrer gerechten Sache verdunsteten. Im Uebrigen aber bewachten die Arbeiter die äußerste Ruhe, denn sie kannten ihre Pappenheimer. Und richtig, von allen Seiten trafen auf Anordnung der Regierung Truppen ein, um — wer laßt da! — die „bedrohte Freiheit der Arbeit zu schützen“. In Wahrheit aber sollten die Arbeiter zum offenen Aufstand gereizt werden, damit sie um so wirksamer zur Ruhe gebracht werden könnten. Die Ordnungsbefehle laßt schon längst nach Arbeiterblut. Es wurden daher zunächst die willkürlichsten Verhaftungen vorgenommen, die zahlreich Verhafteten in einen Stall eingesperrt und geradezu empörend behandelt. Trotzdem hielten die Arbeiter die Ruhe aufrecht — ihre Frauen aber veranstalteten eine große Demonstration, indem sie im großen Zuge, die Fahne voran, von den Höhen von Grand-Combe herabzogen, allüberall mit dem Rufe: Es leben die Arbeiter, es lebe der Streik! empfangen.

Die Sympathie des Volkes ist natürlich auf Seite der Streikenden, sogar der radikale Deputirte des Departements, Herr Desmons, hat sich in anerkennendster Weise für die Arbeiter ins Zeug gelegt. Als dieser Herr mit seinen Kollegen Bousquet eine Audienz bei Gambetta nachsuchten, um von diesen eine Verfügung behufs Zurückziehung der Truppen zu erwirken, ließ sie der edle Bismarckadler gar nicht vor. Er, der unter dem Kaiserreich bei dem großen Streik in Creuzot vor erster Entrüstung überschäumte, als der Präfect Napoleons III. dieselbe Schmeichelei beging, als jetzt kein Präfect, er, der damals eine seiner großartigen Reden gegen denartige Provokationen, gegen die Verletzung der Gerechtigkeit redete! Freilich, denn sieht er die Sache von der anderen Seite an, und da scheint es ihm „gerecht“, die Arbeiter im Jamme zu halten, damit er und seine Mandatgenossen sich besser wägen können!

Weiter scheinen die Manipulationen der Behörden, die Einschüchterungen aller Art ihren Zweck zu erfüllen, ein Theil der Arbeiter ist schon wieder zur Arbeit zurückgekehrt. Schuld daran scheint vor Allem der Umstand zu sein, daß die Verwaltung der Gesellschaft den Zwischenhandel abgeschafft, d. h. selbst in die Hand genommen hat und die Arbeiter so doppelt ausbeutet und um so wirksamer tücket. Eine Einrichtung, welche den Ausbeutern jährlich 350,000 Franken einbringt.

Für die Arbeiterpartei wird dieser Streik ein weiterer Sporn für die rastlose Agitation und Organisation sein. Sie hatte in längerer Zeit verschiedene kleinere Erfolge zu verzeichnen. In Dijon hat sie bei der Wahl zum Gemeinderath ihren Kandidaten durchgesetzt, bei der Nachwahl im 18. Arrondissement von Paris ist ihre Stimmenzahl seit der Augustwahl von 977 auf 2774 Stimmen gestiegen. Das ist ein sehr erhebliches Resultat, wenn man berücksichtigt, daß der Gegenkandidat Pafont, seiner Zeit Cypier des Staatstheaters, ein laß sozialistisches Programm aufgestellt hatte und auch von den Zeitungen als Sozialist bezeichnet wurde.

Genosse Malon befindet sich wieder auf freiem Fuß, da Vocherier die Kanton für ihn gestellt hat.

— Aus Rußland. Weniger bekannt, als das Umfingereiten des revolutionären Geistes in den Städten ist die Bewegung in der ländlichen Bevölkerung Russlands. Die Agenten der „Narodnaja Wolja“ theilen darüber aus den Provinzen bedeutsame Thatfachen mit. Im ganzen Wolgagebiete wurden die Aufrufe des Exekutivkomitees eifrig verbreitet. Sie erzeugten in der Bauernschaft die lebhaftesten Disaffektionen. Jede Gelegenheit, die Aufrufe zu lesen, wurde benutzt, oft dieselben sogar in den Gemeindeversammlungen (Zemod) öffentlich vorgelesen. Ja, sie gaben selbst Veranlassung zur Wahl von Deputirten, die mit Geld versehen wurden, um nach Peteraburg zu gehen. Die Beamten suchten natürlich solche Unternehmungen durch alle nur möglichen Mittel zu unterbinden, nicht immer aber ließen sich die Bauern von ihrem Vorhaben abbringen.

Aus Saratow wird gemeldet, daß dort der Aufruf den Weg zu einer Kaserne fand, wo er einen äußerst günstigen Eindruck auf die Soldaten machte.

In Woroneß erwartet nach den Mittheilungen dortiger Genossen die Bauernschaft des ganzen Gouvernements eine demnächstige Restituirung des Bodens, und im Gegensatz zur älteren Generation erwartet die junge die Initiative dazu nicht mehr vom Jaren. Die Attentate und politischen Vorgänge der letzten Zeit werden hier lebhaft besprochen und mannigfach gedeutet. Die Familie des Jaren ist in Woroneß wohlbekannt, da sie in diesem Gouvernements mehrere Mütter besitzt, welche sie, namentlich wegen Jagden, ihres belacht. Schamlose Angriffe auf die Sittlichkeit der Bauernfrauen und Bauernmädchen zeichnen jeden dieser Besuche „Mütterchen“ aus und machen eben nicht Propaganda für ihn und seine Leute.

Im Gouvernements Jaroslaw wurden bei der Durchreise des Kaisers im Sommer alle irgendwie Verdächtigten verhaftet, im dortigen Yezem sämmtliche dort aufwendende Studenten, die man im Gemeindefaule einperrte.

Aus der Krim, dem Geburtsorte der Perowstaja und Scheljabow werden jährliche Berathungen berichtet, unter Anderem die des Bruders der Perowstaja, Wassil, der noch bis jetzt in Untersuchungshaft sitzt, obgleich sein einziges Verbrechen darin besteht, der — Bruder seiner Schwester zu sein.

In Simferopol wurden mehrere mehr oder weniger hochgegestellte Beamte wegen des Verbrechens politischer Untreue verhaftet. Als charakteristisch wäre noch zu erwähnen, daß der Chef des Marineofficiers Suchanow, ein fünfjähriger Knabe, verhaftet und einem ausführenden Verhöre unterworfen wurde.

Von Wäterschens Wäde und Berichtigkeitskommission zeigt sein Verhalten gegenüber den Anklagen wegen Majestätsbeleidigung. Im Departement der Staatspolizei waren vom 1. März bis zum 1. September nicht weniger als 2504 solcher Anklagen und Denunziationen eingelaufen. Um dieser Ueberführung der Gerichte abzuhelfen, beschloß Alexander III. alle Angeklagten — zu begnadigen? — nein, sondern ohne Urtheil (s. u.) auf administrativem Wege nach Sibirien zu senden, das sind die „Reformen“ des neuen Jaren.

An Beiträgen sind vom 1. März bis zum 25. Juli 1881 in der Kasse der „Narodnaja Wolja“ 22,987 Rubel eingegangen, darunter zwei Spenden von je 2000 R., mehrere von je 500, viele von 100 und 200 bis zu einem Rubel herab.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Korrespondenzen.

— Bielefeld, 25. November. Nachdem sich die Wogen des Wahlsturmes etwas gelegt, dürfte es wohl am Plage sein, auch über die Wahl, sowie deren Gang und Bewegung aus hiesiger Gegend Näheres zu berichten.

Wie ich schon im vorigen Bericht erwähnte, hatten unsere gemeinsamen Gegner, die Fortschrittler und Liberalen sowohl als auch die konservativ-ultramontanen keine Ahnung davon, daß auch wir uns selbstständig an der Wahl betheiligen würden, doch irren ist menschlich, das sollten auch unsere gemeinsamen Gegner erfahren, denn zum nicht geringen Schrecken dieser Angstreiter wurde unsersits am Sonnabend vor der Wahl, den 22. Oktober Abends, das weitere Flugblatt im ganzen hiesigen Wahlkreise Bielefeld-Wiedenbrück planmäßig Haus für Haus verbreitet, in welchem der Tischler Wilhelm Pfanntsch aus Kassel als Kandidat proklamirt und zu besserer Wahl aufgefordert wurde, und am Sonntag den 23. Okt. trat Genosse D. Hegemann in einer Wählerversammlung in dem nahegelegenen Dorfe Schildesche dem fortschrittlichen Kandidaten des hiesigen Kreises, Herrn Justigrath Bachmann II., unter allgemeinem Beifall entgegen, was zur Folge hatte, daß diese Helden des Fortschritts, nachdem sich Genosse D. Hegemann zum dritten Male zum Wort gemeldet hatte, die weitere Diskussion abhändelten und die Versammlung plötzlich schlossen! —

Den Bericht, den das hiesige fortschrittliche Blatt (der Wächter) über die erwähnte Versammlung brachte, war, wie zu erwarten stand, ganz einseitig. Als nun gar am Dienstag den 25. Oktober Abends das zweite Flugblatt von uns verbreitet wurde, welches die jetzigen Zustände und Parteistellungen noch schärfer beleuchtete, war die Wuth dieser Spießer und Angstreiter bis auf höchste gestiegen und verschiedene dieser Volksbeglucker sahen schon im Geiste den Galgen errichtet oder den Richtblock aufgestellt, wo die Verfasser dieser Flugblätter, welche noch obendrein die Dreifigkeit hatten — ihren Namen unter die Flugblätter zu setzen, unerschütterlich gemacht wurden. Doch zu ihrem Kerger geschah nichts von Alledem, als daß das zweite Flugblatt von der Regierung zu Rinden aus Grund des Sozialisten-Belegens verboten wurde, und zwar am 1. November. Am 7. Nov. wurde noch bei Genossen D. Hegemann wieder einmal gehaust und — nichts gefunden, auch wurde Hegemann einige Tage nachher zum Verhör vorgelesen und vernommen, indeß erfolglos. Welche Aufregung in hiesigbürgerschen Kreisen unser Vorgehen bei der Wahl hervorrief, geht aus folgendem hervor. Das hiesige Bielefelder Tageblatt schrieb unterm 26. Oktober:

„Die Sozialdemokraten überbäumen jetzt förmlich Bielefeld mit Wahlanrufen. Im Laufe des gestrigen Tages ist wiederum ein neues Blatt erschienen, welches wie das erste gleichfalls die R. Vogel u. Co. in Braunshweig gedruckt sein soll, dagegen diesmal von D. Hegemann als im Auftrage der Wähler des Wahlkreises Bielefeld-Wiedenbrück unterzeichnet ist. Der Wahlaufruf ermahnt nicht der fröhlichsozialen und aufregehenden Stellen, von welchen wir nur die eine mittheilen wollen. Sie lautet: „Denn wohl wissen sie es recht gut (die Ordnungsparteien und die Regierung), daß jene (sagen Attentäter) gegen das Leben Sr. Majestät unseres Kaisers — und namentlich der letzte derselben (Kobling) — ihre eigene Kreatur, ihr Robbing war, mit dem die Arbeiterpartei auch nicht die geringste Gemeinschaft gehabt hat.“ — Ausfallend dreist! Welche Verführung das! Der Wahlaufruf ist, wie uns mitgetheilt worden, jaß von Haus zu Haus getragen, sowie auch unzählige Stimmzettel mit dem Namen des sozialistischen Tischlers in Kassel sind den Leuten in die Hand gedrückt worden, ja, sogar Frauen hat man damit behängt. Die Polizei ist allem Anscheine nach bemüht, dem Unzuge zu fernern. Am einfachsten wäre es, wenn das Druckereisetz angewendet werden könnte. Doch wo befindet sich das? Unseres Wissens gibt es in Braunshweig gar keine Druckerei von Vogel u. Co.“

In Betreff des zweiten Aufrufs des Bielefelder Tageblatts sei erwähnt, daß diese Schlämmeier vor lauter Angst die ärmere Stelle aus dem Flugblatt noch gelöscht haben, denn in dem Flugblatt hieß es nicht, wie da berichtet, gegen das Leben Sr. Majestät unseres Kaisers, sondern einfach — gegen das Leben des Deutschen Kaisers.

Und was die Bemerkung in Betreff der Druckerei von Vogel u. Co. anbelangt, so war dieselbe nur darauf abgesehen, die Wähler gegen und aufzuheben und glauben zu machen, wir betrieben eine Art räuberischer Verführung. Doch die Wähler ließen sich nicht gränzig machen, denn die Abstimmung ergab, daß für unsere Kandidaten, Tischler Wilhelm Pfanntsch in Kassel, 1148 Stimmen abgegeben waren, gegen 823 im Jahre 1878. Als besonders ercuzell ist zu bezeichnen, daß auch die Landbevölkerung sich mehr zu uns herüberneigt. So wurden in dem Dorfe Schildesche und Umgegend, wo bei dem günstigsten Wahlgange 1877 circa 40 Stimmen auf unsere Kandidaten gefallen waren, diesmal 79 Stimmen für uns abgegeben, und in Wiedenbrück, wo es die Fortschrittler bis auf 14 Stimmen brachten, erhielten wir 50 Stimmen, gewiß ein ercuzelles Resultat. Hätten sich nicht einige dieser Tabakarbeiters auf die fortschrittliche Leimruthe locken lassen und für den Fortschrittskandidaten gestimmt, um die Einführung des Tabakmonopols dadurch zu verhindern, und wären nicht mehrere richtige Genossen, namentlich aus Rheda, ausgewandert, so hätte sich die Zahl der für uns abgegebenen Stimmen noch um ein Bedeutendes erhöht. Das Gesamtergebnis des hiesigen Wahlkreises Bielefeld-Wiedenbrück ist:

Geheim Justigrath Marsch, konservativ-ultramontan 793 St.
Justigrath Bachmann II., liberal-fortschrittlich, 3819 „
Tischler W. Pfanntsch, Sozialdemokrat 1148 „

It auch die Zahl der für uns abgegebenen Stimmen gegenüber denen unserer Gegner noch kein, so gehört doch die Zukunft uns. Frisch auf, beginnen wir den Reigen, ist auch der Boden rauh und hart! Der Bielefelder Landkreis wird von orthodoxen evangelischen Pfaffen beherrscht und im Kreise Wiedenbrück sind die Ultramontanen am Ruder, unsere Aufgabe ist daher nicht so leicht. Doch voran, voran die linke Bahn, zu unserem Ziel hinauf! h—n.

— Jever, 22. November. Die Wahlschlacht ist geschlagen, das Schlachtfeld ist übersehen. Ueberall, wohin wir auch blicken mögen, haben unsere Genossen sich trefflich bewährt. Auch wir im fernen Norden sind nicht müßig geblieben. Wir haben gezeigt, daß wir am Plage sind, wenn es gilt, für unsere Sache zu kämpfen. Es wurden in Wilhelmshafen und Umgegend 1100 Stimmen für Genosse Fried abgegeben, während die Gegner 1300 Stimmen auf sich vereinigten. Hier in Jever wurden 29 Stimmen für Fried abgegeben. Das Gesamtergebnis ist: Im 2. oldenburgischen Wahlkreise 770 Stimmen, im 2. hannoverschen 448. Unsere Stadtväter wunderten sich nicht schlecht, daß unsersits die Wahlurne bewacht wurde, es war das aber dringend nöthig, denn man ging so weit, daß man die Stimmzettel, welche mehrfach zusammengepackt waren, ausrollte, so daß sie nur noch einmal zusammenlagern. Nun waren die Stimmzettel für Roggenmann mit Festschrift gedruckt, so daß man den Namen deutlich durchlesen konnte. Die Fortschrittspartei hat sich während des Wahlkampfes auch hier miserabel benommen. Unter verschiedenen Vorwänden entzog sie unseren Genossen in den von ihr einberufenen Versammlungen das Wort. So z. B. unserem Genossen Kuhn in Wittmund, sowie einem anderen Genossen in Trethaus.

Zu letzterem Orte hatte ein gewisser Bartels, Thierarzt, aus Jever den Borfig. Unser Genosse betonte, daß es notwendig wäre, daß durchgreifende soziale Reformen im Interesse der Arbeiter nöthig wären, denn sich selbst zu helfen, dazu sei der Arbeiter heute viel zu gedrückt. Wenn der fortschrittliche Redner die gewerbliche Ausbildung hervorzuheben, möge er auch sagen, wo die gewerblich ausgebildeten Arbeiter Verwendung finden könnten. Das konnte er aber nicht. Da für die ge-

nannte Bartels dazwischen und meinte er habe keine Zeit, dies Alles anzuhören! Das sind die Leute, die für das arbeitende Volk zu sorgen vorgeben. Wir aber gehen müthig vorwärts und kümmern uns um ihre Reden gar nicht! Und wenn jene Herren noch so ungern den bitteren Stimmzettel in die Hand nehmen, er muß raus aus der Urne. Diesmal waren es 29 bittere, das nächste Mal giebt's mehr, und dann kann so ein Herrchen recht oft sagen: „Noch einen Bitter.“ Wir lachen dazu.
Die Getreuen in Jever.

— Aus dem 23. sächsischen Wahlkreise. Die Anklagebant besetzt wiederum zwei Charakterlose. Es handelt sich um einen gemeinen Treubruch, begangen an unserer Partei, indem dieselben, entgegen dem auf dem Wüdemer Kongresse gefaßten Beschlusse, sich nach dem ersten Wahlgang, offenbar gegen klingende Münze, in den Dienst der Liberalen stellten, in der Absicht, dem Kandidaten derselben siegen zu helfen. Betreffender Kandidat aber war der Superintendent Landmann, ein schwarzküttiger Jünger Bismarck's, der im Reichstage für das Sozialistengesetz gestimmt hatte und nach Erfüllung dieser seiner höchsten christlichen Pflicht bei der diesmaligen Wahl glänzend durchfiel, — der konservative Staatsanwalt Dr. Hartmann rutschte an seine Stelle. Die Vurschen, welche unsere Partei durch ihre ehrlose Handlungsweise öffentlich bloßstellten, sind: Rudolf Kammerig und August Hartenstein. Wir haben es bei denselben mehr mit jenen überzeugungstosen, der brutalen Sinnlichkeit zuneigenden und mit der Sittlichkeit nicht genau nehmenden Individuen zu thun, welche die bloße Erkenntniß ihres eigenen überaus erbärmlichen Daseins in die Reihen der äußersten Opposition trieb, welche aber der Charakteranlage nach zur Bourgeoisie gehören. Um so gemeingefährlicher können sie uns werden gegenüber den Verlockungen des wohlfeilsten Böbels, und da wäre es wohl an der Zeit, daß das auf Treubruch bezügliche Urtheil, schon zur Warnung für noch ganz Andere nicht bloß auf „Öffentliche Brandmarkung“ laute.
Bedauer.

Nachschrift. Sende hiermit 3 Mark für 1. Quartal 1882 nebst drei Mark in den Jahrestrentfond, bitte gefälligst zu quittiren. Weiteres ist der für die Aufstellung eines Sozialisten bewilligte Betrag, der sich natürlich unnöthig machte, nachdem man ohne mein Wissen — einen Wuthschrei jedes radikalen Sozialisten provozirend — mit den Fortschrittler und Liberalen gemeinsame Sache machte. Leider sind die Arbeiter auf den Keim gegangen und haben sich als Stimmwisch bezeugen lassen, eine für ihre politische Keife sehr unglückliches Zeichen. Wer aber einen Blick auf die hiesigen, eingeleiteten Wahlen und die hoch und höher blickenden Augen wirft, wer die in Lumpen gehüllten Kindergerippe mit den Kaffeewasserkrügen in die Fabrik wandern sieht, für den entsetzt nicht erst die Frage: Wer trägt in welcher Linie die Schuld?

Briefkasten

der Redaktion: Genossen in Stuttgart und Freiburg: Die Angelegenheit wird demnächst im Parteiorgan erledigt werden. Ihr werdet dann erfahren, daß die Redaktion Niemanden das Recht der Bertheiligung abgebrochen hat.

der Expedition: Br. Dresd. d. Haag: Fr. 4,86 Ab. 1. Cu. 82 x. d. 2. Ab. — J. B. G. d. B.: M. 3. — Ab. 1. Cu. 82 x. — Der Bekannte L. a. M.: M. 50. — a. Cto. Ab. 82 x. Weiteres h. am 22. 12. 81. — Vamegan: d. s. 10,92 a. Cto. Ab. 82 x. B. wird weiter berichten. — W. C. C. W. Fr. 5. — Ab. 1. Cu. 82 x. — J. R. K.: d. s. 3,40 f. Jhrb. 82 x. — t—o Paris: Fr. 11,50 f. S. d. C. erhalten. 2 Bdr. v. P. mit 52 Abg. — R. O. Paris: Fr. 10. — d. Ufda. d. s. jugew., ebenso Fr. 1,00 d. Ufda. (siehe Jhrb.). — Johannes B.: M. 6. — Ab. 4. Cu. 81 u. 1. Cu. 82 x. Fr. 11,50 f. S. d. C. erhalten. — Michael Strieber: M. 43. — f. Abon. u. S. d. C. erhalten. — Gegenrechnung gutgebe. Rechnungsabgabe ab Januar vorgemerkt. Deshalb so traglich? — M. B. S. Fr. 2. — Abon. Januar 82 erhalten. — 0—0 Su: M. 50,30 a. Cto. Ab. 82 x. — Rothbart: Fr. 67,56 (statt M. 66.) — a. Cto. Ab. 82 x. — l. Gegenr. gutgebe. — Noberstein: Fr. 2. — Ab. 1. Cu. 82 x. — R. Köhberg Court: M. 45,90 durch B. l. S. Francisco 82 x. d. Ufda. d. s. eingereicht. — G. E. Bldg. M. 3. — Ab. 1. Cu. 82 x. — Kohlheim: M. 15. — durch S. 82 x. d. Ufda. d. s. zugewiesen. — Rother Wollenschieber: M. 75. — a. Cto. Ab. u. S. d. C. Fr. 20,40 l. Gegenr. gebucht. Weiteres lt. S. vom 27. 12. — O. E. B.: M. 3. — Ab. 1. Cu. 82 x. — H. Lidgo: Bl. u. S. am 28. 12. beannt. Stets grad aus und dabei Meibis. Geuß! — S. Justus: Fr. 2. — Ab. 1. Cu. 82 x. — Kottin in „Schw. W.“ nicht bekannt. — S. B. Kbbf.: Fr. 1. — durch Sbbidg. f. d. Ufda. d. s. — Urne: Folgen fortan 0 u. 6 f. W. Jahlung mögt Ihr veranlassen, da keine Addr. dahin. — A. B. Bern: Fr. 2. — Ab. 1. Cu. 82 x. Die Partei der konzeptionistischen Ehrabschneider hat Sie gerichtet? Heil! Glückwunsch dazu! Freiburger: Fr. 75. — a. Cto. u. S. v. 25. u. 26. 82 x. am 27. 12. beannt. Weiteres in nächster Nr. — Jerd.: Bl. u. S. 24. 12. hier. Stimmt, wir mit 52 notifizirt. — J. St. R. J.: Gewisse „Geschäftsrevolutionäre“ plündern Freund und Feind gleichmäßig, natürlich nur im Namen der „Kein-erhaltung“ des „revolutionären Prinzips“. — R. Edl. hier: Fr. 2. — Ab. 3. u. 4. Cu. 82 x. — B. Rte. Russol.: Fr. 5. — v. Ab. 1. Cu. 82 x. Ufda. d. s. beannt. — V. Heiden: Frontmann: Nur Fr. 5,25 (nicht 5,50) Ab. 1. Cu. 82 x. S. d. C. 82 x. Recht hier stets pünktlich ab. Dorten bei der Post reklamiren! — Fr. M. R. St. Gall.: Fr. 2. — Ab. 1. Cu. 82 x. — R. J. Stig. New-Jork: Agit. Material von März 81 anlangend, wäre Aufschluß erwünscht Dank für Gemüth. Geuß! — Peter Krauer R.-Jork.: „Kassiere mit Pile u. bezahlte mit Weiler“, haben Sie nicht Lust eine schmunzvolle Abhandlung darüber im „Bambum“ (sozialist.) Die Spitzbuben-Schönheiten“ darin fangen ohnedies an recht sozialrevolutionäre Freireuen zu tragen. — S. d. Waffischen 5,75 d. Ufda. d. s. jugew. — Dymann: M. 1,70 Ab. 1. Cu. 82 x. d. s. 82 x.

Durch uns zu beziehen:
Photographie von Sophia Perowskaja,
der bedauernswürdigen Vorkämpferin des russischen Volkes. Gestorben durch Heuterschuss am 15. April 1881.
Preis: 1 Mark; für Arbeiter: 50 Pfennige.
Der Reinertrag ist für Propagandazwecke der russischen Revolutionspartei bestimmt.

Ferner liefern wir:
Der erste Hochverrathsprozess
vor dem
Reichsgericht in Leipzig.
Auf Grund der stenographischen Niederschrift der Verhandlungen herausgegeben von
E. Künzel,
Stenograph u. Red. der „Reichsgerichts-Korrespondenz“.
Preis: Mk. 1,20. Fr. 1,50 per Einzel Exemplar.
Bei Entnahme von 3 Exemplaren u. mehr: Mk. 1.— Fr. 1,25.
Franko. — nur gegen baare Vorauszahlung.
Expedition des „Sozialdemokrat“.

Zur Beachtung!
London Comm. Arbeiter-Bildungs-Verein
49 Tottenham Street, Tottenham Court Road.
Die Wirthschaft des Vereins ist geöffnet von Morgens 9 bis Nachts 12 Uhr. Wir ersuchen die reisenden Genossen auf unsere Adresse zu achten.
Der Vorstand.
Gedrucy. Vereinsbuchdruckerei Cottinens-Str. 14.